



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsche Bodenreform

Damaschke, Adolf

Leipzig, 1929

II. Einwände

[urn:nbn:de:hbz:466:1-78614](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-78614)

wendigkeit in der heute vielfach drohenden Entwicklung zur Zwangswirtschaft auch des Kapitals und der Arbeit — wobei es natürlich nichts ändert, ob man solche Entwicklung Staatskapitalismus oder Staatssozialismus nennt! Es gilt die Grenzlinien klar und fest zu ziehen, damit der Gesellschaft das Ihre zuteil wird, damit sie reich genug werde, alle ihre Aufgaben, auch auf dem Gebiet der Erziehung und der Fürsorge, vollkommen zu erfüllen, und doch Raum bleibt zur Entfaltung freischaffender, selbstverantwortlicher Persönlichkeiten!

II. E i n w ä n d e

1. Monopolbildung

Aber geht nicht heute die Freiheit der Persönlichkeit in steigendem Maße verloren? Entsteht nicht durch Bildung von Kartellen und Syndikaten ein wirtschaftlicher Absolutismus, dessen Machthaber der Gesamtheit gegenüber unverantwortlich sind? Ist es da nicht eine wünschenswerte Entwicklung, wenn die Kartellbildung zum allumfassenden Staatskartell führe, so daß man nur noch die Gesamtheit als Produktionssubjekt kenne?

Was ist auf diesen Einwurf des Kommunismus zu erwidern? Soweit Vereinigungen von Produzenten lediglich die Ausgaben für unfruchtbare Reklame und entbehrlichen Zwischenhandel ausschalten, sind sie keinerlei Gefahr für Arbeiter und Verbraucher, kein Hindernis für einen gesunden Wettbewerb. Von den

Kartellen aber, die mit Recht als eine Gefahr in unserem Wirtschaftsleben empfunden werden, können allein diejenigen dauernd bestehen, die irgendein Monopol beherrschen, so daß ihnen gegenüber jeder freie Wettbewerb ausgeschlossen ist.

Nehmen wir noch einmal ein Beispiel — im luftleeren Raum. In unseren Wohnort kommt ein Finanzkonsortium, kauft alle Schuhe auf und erklärt: Von morgen an ist der Schuhpreis verdoppelt! Wir würden ein solches Kartell einfach auslachen. Wollte es die zusammengekauften Schuhe nicht unter dem von ihm festgesetzten Preis herausgeben, so würden wir es auf seinen Schuhen sitzen lassen. Morgen wären beliebig viel Schuhe von Berlin, von Hamburg, von Wien usw. hierher transportiert. Dieses erhöhte Angebot würde den versuchten Monopolpreis schnell brechen.

Versuchte ein großes Konsortium für einen weiteren Bezirk ein Möbel- oder Kleider- oder Schuhmonopol und brächte es wirklich vorübergehend zu einer Preissteigerung, so würden sehr bald soviel neue Werkstätten und Fabriken diese Ware, da sie ja besonderen Gewinn verheißt, herstellen. Das dadurch bewirkte erhöhte Angebot würde den „gerechten“ Preis durch den „freien“ Markt bald erzwingen.

Aber wie wäre es, wenn ein Finanzkonsortium allen Bauboden um unseren Wohnort aufkaufen und erklären würde, daß es ihn den Menschen, die ihn als Wohn- oder Werkstätte benützen müssen, nur zu einem erhöhten Preis abtrete? Es würde nichts helfen, daß in Ostpreußen oder in der Lüneburger Heide Boden billig wäre — wir könnten keinen Raummeter hier-

her bringen und ebensowenig neuen Boden in irgendeiner Werkstatt erstellen.

Das eben ist der grundsätzliche Unterschied zwischen Boden und allen Waren: der Boden ist nicht produzierbar und nicht transportierbar. Diese grundsätzliche Verschiedenheit aber fordert naturgemäß verschiedene Behandlung in Recht und Wirtschaft.

Gewiß gibt es auch andere Monopole. Ich erinnere nur an das Verkehrsmonopol. Zwischen zwei Punkten ist nur eine gerade Linie möglich, zwischen zwei Orten nur eine kürzeste Eisenbahnstrecke. Aber gerade weil hier ein Monopol vorliegt, preisen wir es als die größte soziale Tat Bismarcks, daß er dies Monopol dem freien Spiel Unverantwortlicher entzogen und unter die Kontrolle der Gesamtheit gestellt hat.

Es gibt ein Monopol für Erfinder. Es ist ein persönlich erarbeitetes geistiges Eigentum, und wir schützen dies Monopol auch durch unsere Patentgesetzgebung. Aber nach verhältnismäßig kurzer Zeit wird dieses Monopol restlos dem einzelnen genommen.

Ein anderes Monopol sind die geistigen Werke unserer Dichter, Künstler und Denker, eines Goethe, Kant, Mozart, Richard Wagner usw., und doch enteignen alle Kulturvölker diese oft unter schwersten leiblichen und seelischen Opfern geschaffenen Monopole nach verhältnismäßig kurzer Zeit entschädigungslos.

Sollten die Grundsätze, die bei diesen Monopolen widerspruchlos zur Geltung kommen, nicht auch gelten bei der Mutter aller Monopole, dem Monopol an dem Boden und seinen Schätzen?

2. Vom freien Spiel der Kräfte

Aber ist das freie Spiel der Kräfte nicht eine unentbehrliche Voraussetzung allen Fortschritts auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet?

Was ist auf diesen Einwand des Mammonismus zu erwidern? Gewiß kann das freie Spiel der Kräfte, selbst in der Form von Spekulation, wirtschaftlich wertvoll sein. Sie kann Bedürfnisse wecken und zugleich dafür Sorge tragen, daß sie befriedigt werden können. Wenn ein Krämer in einem Gebirgsdorf zum erstenmal Apfelsinen und Tee zur Auslage bringt, so weckt er die Bedürfnisse nach diesen Genußmitteln und erschließt sogleich die Möglichkeit ihrer Befriedigung und trägt dadurch zur Hebung der Lebenshaltung bei. Etwaige Mißstände in der Warenspekulation können in wirklich freier Wirtschaft nur vorübergehend sein.

Anders ist es auf dem Gebiet des Bodenmonopols. Sie weckt kein Bedürfnis, das nicht auch ohne sie da wäre. Sie befriedigt auch kein Bedürfnis. Der Boden ist da, wo wachsende Menschenzahl seiner bedarf.

Versuchen wir auch hier an einem Beispiel — im luftleeren Raume — die grundsätzlichen Unterschiede zwischen dem freien Spiel der Kräfte hier und dort zu veranschaulichen.

Denken wir an einen der erfolgreichsten Erfinder unserer Zeit: Karl Auer. Wir wissen, wie viele Jahre Auer auf dem Gebiet der „seltenen Erden“ gearbeitet hat, ehe er mit seiner Erfindung sich um Hilfe an Kapitalbesitzer wenden konnte. Wer Auer Kapital zur Herstellung des von ihm erfundenen Gasglühlichts lieh, stellte sich vor ein großes Risiko.

Selbst von den Erfindungen, die es bis zur patentamtlichen Schätzung bringen, erweist sich in der Praxis nur ein sehr geringer Teil als gewinnbringend. Trotzdem beschließt er diese „Spekulation“. Was geschieht mit diesem Gelde? Es wird eine neue Fabrik gebaut, d. h. Ziegeleien, Mörtelwerke, Maurer, Zimmerer, Schlosser, Glaser, Töpfer, Dachdecker, Tischler usw. erhalten Arbeit. Es werden neue Maschinen erstellt, d. h. Techniker, Maschinenbauer, Arbeiter zur Bedienung der Maschinen finden Beschäftigung. Endlich erscheint als Produkt der Kopf- und Handarbeit eine neue Ware: der Auersche Glühstrumpf. Er hat nicht die Macht, auch nur das schwächste Kind auszubeuten. Auer kann Hunderttausende seiner Glühstrümpfe aufhäufen. Ich kann ruhig nach wie vor meine Petroleumlampe oder mein altes Gaslicht brennen. Wer will mich zwingen, auch nur einen Glühstrumpf zu kaufen? Tue ich es, so allein aus der Überzeugung, mir selbst damit einen Dienst zu erweisen, durch die Benutzung eines solchen Glühstrumpfes besseres und billigeres Licht zu erlangen. Nun kommen viele Menschen zu dieser Überzeugung. Die Erfindung hat Erfolg, und es können an die Kapitalisten, die ihr Geld gewagt haben, hohe Zinsen verteilt werden.

Die Nachricht von solchem Gewinn wirkt weit. Sie weckt in tausend klugen Menschen die Frage, ob nicht ähnliche Gewinne durch weitere Verbesserungen unserer Leuchtkörper zu erzielen seien. Es entstehen Konkurrenzunternehmungen, d. h. neue Arbeitsgelegenheit für gelernte Arbeiter aller Art. Es werden neue Glühkörper auf den Markt gebracht. Das erhöhte Angebot senkt im freien Wettbewerb den

Preis der alten, so daß in kurzer Zeit der Gewinn der einzelnen Unternehmungen auf jene Grenze sinkt (Zins + Risikoprämie), die gehalten werden muß, wenn auf dem Gebiete des technischen Fortschritts überhaupt gewagt werden soll.

Von dem Kapital, das Auer geliehen wurde, hat zuletzt das ganze deutsche Volk dauernden Vorteil: sein Arbeitsmarkt wird erweitert, seine Beleuchtung besser und billiger.

Stellen wir neben diese „Industriespekulation“ eine „Bodenspekulation“.

Zu einem Kapitalisten kommt ein Mann, der durch irgendeine Verbindung — oft unzulässiger Art — erfahren hat, daß Staat oder Gemeinde eine neue Bahnverbindung planen, den Bau eines Kanals, eines Bahnhofs, einer Brücke, eines Hafens, eines Parks, einer Kirche, einer Schule, eines Schmuckplatzes usw. „Daraufhin“ sei zweckmäßig eine Terraingesellschaft zu gründen! Sie kommt zustande. Was hat sie zu tun? Zu warten, bis auf Kosten der Gesamtheit die geplante Kulturarbeit ausgeführt ist. Durch solche Bodenspekulation wird keine Arbeit ermöglicht, kein Lohn gezahlt, keine Ware erzeugt. Unser Volk wächst und braucht auch dieses Stück seines Vaterlandes, um darauf leben und arbeiten zu können. Nun können die Aktionäre der Terraingesellschaften, die zur „rechten Zeit“ den Boden in ihre „festen Hände“ gebracht haben, einen hohen Profit ausschütten oder — noch häufiger, um die Höhe des Gewinnes zu verschleiern — den Gewinn realisieren, den sie schon vorweggenommen haben, als sie ihre Grundstücke zu aufgeblähten Preisen in die Terraingesellschaften „einbrachten“.

Die Nachricht von solchem Gewinn weckt keinen technischen Fortschritt, schafft keine vermehrte Arbeitsgelegenheit, führt nicht zu einer Erleichterung und Verbesserung der Lebenshaltung, wie sie der Industriegewinn erweckt, sondern veranlaßt lediglich auch an anderen Orten schlaue Menschen, Verbindungen zu suchen und auszunutzen, die ein ähnliches Vorgehen ermöglichen, das lezthin das Leben und Arbeiten unseres Volkes erschwert, ohne ihm zu dienen.

Wohl gibt es auch Bodengesellschaften und einzelne große Bodenbesitzer, die selbst Erschließungsarbeiten ausführen und Gelände „baureif“ machen. Soweit sie Arbeit und Kapital wirklich zweckmäßig dabei aufwenden, haben sie Anrecht auf Lohn und Zins. Aber werden ihre Erschließungen zweckmäßig sein? Können sie es in der Regel sein? Sie werden „ihren“ Boden so erschließen, daß besonders zukunftsreiche Verkehrswege gerade durch ihn gelegt, Hochbauordnungen gerade für ihn vorgesehen werden, auch wenn das Allgemeininteresse eine andere Regelung fordern würde. Das ist natürlich. Terraingesellschaften sind keine gemeinnützigen Unternehmungen. Ihre Leiter sind verpflichtet, für das Wohl ihrer Aktionäre zu sorgen. Aufgabe der Allgemeinheit, d. h. der Wähler und ihrer Vertreter, der Verwaltungen in Gemeinde und Staat ist es, den seiner Natur nach von allen anderen Gütern wesentlich verschiedenen, für Leben und Entwicklung der Gemeinschaft unentbehrlichen Boden vor der Auslieferung an unverantwortliche Aktionäre zu bewahren und ihn unter ein soziales Recht zu stellen.

3. Vom unverdienten Wertzuwachs und von der Preisbildung

Aber wird nicht durch das Zusammenwirken aller der Ertrag jeglicher Arbeit erhöht? Nicht nur der Wert des Bodens? Ruht in jedem Arbeitseinkommen ein Stück „unverdienter Wertzuwachs“, so besteht kein wesentlicher Unterschied zwischen Boden und Ware auf dem Gebiet der Preisbildung.

Lassen wir auch hier ein bestimmtes Beispiel sprechen:

Unser Volk erklärt Weimar für seine Hauptstadt. Alle Zentralbehörden, alle Vertretungen auswärtiger Mächte usw. werden dorthin verlegt. Zunächst haben zweifellos alle Vertreter der Arbeit und des Kapitals wesentlichen Vorteil von dem Zuzug zahlreicher kaufkräftiger Verbraucher. Alle Schneider, Schuster, Schreiner, alle Inhaber von Werkstätten, Geschäften, auch die einfachen Lohnarbeiter, die erhöhte Arbeit leisten müssen. Sehr bald aber würde mit der erhöhten Zahl der Konsumenten eine ebenso große, wahrscheinlich noch größere Zahl von Produzenten — Unternehmern, Arbeitern, Geschäftsleuten usw. — das neue aufblühende Gemeinwesen aufsuchen. Und mancher ehrsame Meister, der in dem alten ruhigen Weimar noch ein gutes Auskommen gefunden hatte, gerät in dem neueren schärferen Wettbewerb wohl ins Hintertreffen. In jedem Fall bedeutet für die Vertreter der Arbeit und des Kapitals eine solche Umwandlung eine erhöhte Anspannung aller Kräfte, ohne daß doch die Sicherheit ihres Einkommens gewährleistet wäre und die Höhe von Lohn und Zins den Durchschnittssatz dauernd übersteigen könnte.

Wie steht es demgegenüber mit den Besitzern des Bodens? Der Baugrund in Weimar und Umgebung würde im Werte allgemein steigen. Gewiß könnte er durch einen zweckmäßigen Ausbau von schnellen und billigen Verkehrsmitteln etwas vergrößert werden; aber eine solche Erschließung von neuem Bauland hätte doch ihre ganz bestimmten Grenzen, und die Preisbildung in den Wohn- und Geschäftsmittelpunkten würde dadurch wenig berührt. Und die Besitzer? Sie brauchten nicht das geringste zu tun. Sie könnten im Siechenhaus sitzen oder im Gefängnis oder in Berlin oder im Ausland — sie besitzen ein Monopol und brauchen keinerlei Wettbewerb zu fürchten.

Die Preisentwicklung der Waren steht dazu im Gegensatz. Die Produkte menschlicher Tätigkeit werden auf die Dauer um so billiger, je mehr sie verlangt werden. Der erhöhte Bedarf veranlaßt immer mehr Menschen, sich mit der Herstellung der viel verlangten Ware zu befassen. Die Technik ihrer Herstellung wird vervollkommnet und dadurch ihr Erzeugnis verbilligt. Wie teuer waren die Uhren, als sie nur wenigen nötig waren, und wie sind sie mit der steigenden Nachfrage immer billiger geworden! Das gleiche haben wir bei den Fahrrädern gesehen; das sehen wir heute bei den Automobilen.

Als mir die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät von Münster meinen ersten Ehrendoktor verlieh, hat der bekannte Gelehrte Geheimrat Professor Dr. Erman in jener Universität ausgeführt, das Verdienst der von mir vertretenen Lehre bestände darin, daß ich den ersten Grundsatz alles „richtigen Rechts“ wieder lebendig gemacht habe, nämlich den Grund-

satz: „Gleiches muß gleich, Ungleiches muß ungleich behandelt werden.“ Indem man so wesentlich Ungleiches wie den unbeweglichen Boden und die bewegliche Ware in unserer Volkswirtschaft gleich behandle, habe man die Grundlage zu einer Entwicklung gelegt, die notwendigerweise stets zu krankhaften Erscheinungen führen müsse.

Hier liegt die entscheidende Grenzlinie der Bodenreform nach rechts und nach links.

Der Kapitalismus wird zum Mammonismus, wenn er das Ungleiche gleich behandelt: den Boden wie Kapital und Arbeit.

Der „Sozialismus“ wird zum Kommunismus, wenn auch er Ungleiches zwangsweise gleich behandeln will: Arbeit und Kapital wie den Boden.

Weder Mammonismus noch Kommunismus! Die gerechte Grenzlinienzuehung zwischen dem Ich und der Gemeinschaft, wie sie die Bodenreform zeigt, wird allein einen Frieden auf sozialem Gebiet herbeifuehren, der dauernd sein kann, weil er ein gerechter Frieden ist, ja, in der weiteren Entwicklung auch eine organische Versoehnueung der beiden Gegensaeue ermöglicht, ja endlich gewaehrleistet.

III. G e s c h i c h t l i c h e s

1. Vom biblischen Bodenrecht

Liegt wirklich der entscheidende Teil der sozialen Frage in der Bodenfrage, so muß diese Wahrheit in der Geschichte offenbar werden. Nicht willkürlich läßt unsere Sprache die Worte „Schicksal“ und „Ge-